

5.14 Schutz nationaler Ressourcen zur Armutsbekämpfung notwendig

Beschluss der BDKJ Hauptversammlung 2006

Die BDKJ-Hauptversammlung begrüßt mit großem Respekt den Erlass der bolivianischen Regierung „Decreto Supremo Hereos del Chaco“ vom 01. Mai 2006. Der Erlass setzt den Willen des bolivianischen Volkes – ausgedrückt in einem Referendum vom Juli 2004 – um, wonach die Erdgasreserven Boliviens in erster Linie dem Bolivianischen Staat und seiner Bevölkerung zu Gute kommen sollen.

Trotz großen Ressourcenreichtums leben in Bolivien 70% der Landbevölkerung von weniger als einem US-Dollar am Tag. Bolivien ist ein klassisches Beispiel dafür, dass zur wirksamen Armutsbekämpfung grundlegende Schritte zum Schutz eigener Märkte und Ressourcen nötig sind. Diese sind notwendig, um Armut wirksam zu bekämpfen, mehr Gerechtigkeit im Welt-handelssystem herzustellen und die Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte (WSK-Rechte) zu gewährleisten.

Die BDKJ Hauptversammlung betont die Souveränität der Nationen über ihre natürlichen Ressourcen und die Wichtigkeit ihres Schutzes vor Ausbeutung durch internationale Konzerne, von der gerade die ärmsten Länder betroffen sind. Auch wenn „Verstaatlichungen“ kritisch zu betrachten sind, begrüßt der BDKJ diese Initiative des bolivianischen Staates, die einen wichtigen Schritt darstellt, um die Situation des Landes zu verbessern.

Der BDKJ-Bundesvorstand wird die Umsetzung des Erlasses, an der sowohl die bolivianische Regierung, als auch die ausländischen Unternehmen und deren Herkunftsstaaten beteiligt sind, kritisch verfolgen. Die Verhandlungen sowie die „Verstaatlichung“ müssen das ausschließliche Ziel haben, der breiten Bevölkerung in Bolivien und der Armutsbekämpfung zu dienen.

Mit der bolivianischen Bischofskonferenz unterstreicht der BDKJ die Bedeutung dieser Entscheidung für das Gemeinwohl und sieht die Notwendigkeit einer klugen politischen Umsetzung des Dekrets. Die Bolivianischen Bischöfe schreiben im Abschlussdokument ihrer am 3. Mai zu Ende gegangenen Vollversammlung: „Am 1. Mai hat die Regierung eine wirtschaftliche und soziale Entscheidung getroffen, die

das Leben und die Zukunft des Landes bestimmt: die Verstaatlichung der Erdgas- und Erdölvorkommen. Diese neue Regelung möge die Erfüllung des Volkswillens sein, welcher sich v.a. im Referendum Juli 2004 ausgedrückt hat. Wir vertrauen darauf, dass diese Maßnahme in einem Rahmen der Gleichheit und Gerechtigkeit durchgeführt wird, ohne dass Korruption und eine schlechte Administration der staatlichen Firmen, so wie wir es aus der Vergangenheit kennen, ins Spiel kommen. Mögen die Gewinne dem Allgemeinwohl und allen Bereichen des Landes, in besonderer Weise aber den Ärmsten und Wehrlosesten unserer Gesellschaft zu Gute kommen.“

Auch die Deutsche Bundesregierung hat sich zur Einhaltung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte verpflichtet. Daher fordert die BDKJ-Hauptversammlung die Bundesregierung auf, die Umsetzung des Erlasses ohne wirtschaftliches Eigeninteresse zu unterstützen, und auch im Rahmen der Europäischen Union darauf hinzuwirken, dass er der bolivianischen Bevölkerung und der Armutsbekämpfung dient.

Mitte Mai 2006 findet in Wien der EU-Lateinamerikagipfel statt, bei dem Staats- und Regierungschefs aus beiden Regionen zusammenkommen. Die BDKJ Hauptversammlung fordert die Bundesregierung auf, im Rahmen ihrer wirtschaftlichen und entwicklungspolitischen Zusammenarbeit, auch zu diesem Anlass die Demokratisierungs- und wirtschaftlichen Entwicklungsprozesse in den lateinamerikanischen Ländern zu unterstützen.

Der sensible Aufbau nachhaltiger und fairer Wirtschaftsbeziehungen ist für die ärmsten Ländern ohne ein gerechtes Weltwirtschaftssystem nicht zu leisten.